

# Demokratisieren statt privatisieren!

## **Ein Beitrag des LabourNet Germany zur Diskussion beim Workshop „Privatisierung, Prekarität, demokratische Alternativen“ mit FISENGE (CUT Brasilien) während des Weltsozialforums Belém 2009.**

**Von Helmut Weiss (und vielen, die mitdiskutiert haben)**

Vorbemerkung: In unserem Beitrag werden wir uns im Interesse einer möglichst konkreten Diskussion vor allem mit Erfahrungen, Bewegungen und Debatten aus Deutschland auseinandersetzen. Um Gemeinsamkeiten, besondere Problemstellungen und wichtige Erfahrungen mit behandeln zu können, werden wir aber auch Entwicklungen aus anderen Teilen der Welt ansprechen.

Einen recht umfassenden Überblick über den Widerstand gegen Privatisierung weltweit (inklusive vieler Links zu zahlreichen aktiven gewerkschaftlichen und sozialen Gruppen sowie Debattenbeiträgen gibt es im LabourNet Germany unter der Rubrik „Gats, Privatisierung und Widerstand“: <http://www.labour-net.de/diskussion/wipo/gats/index.html> . Unter LabourNet International gibt es Berichte und Beiträge aus über 70 Ländern zum Thema Widerstand gegen Privatisierung.

Während dieser Beitrag begonnen wird – im Dezember 2008 – ist das Hauptthema der großen kommerziellen Medien die „Finanzkrise“. Tausende von Milliarden Euros werden ausgegeben, um gerade jenes Teilsystem des Kapitalismus zu retten, das sich am meisten von staatlicher Kontrolle und Mitwirkung gelöst hatte, das mit seinen weltweiten 24-stündigen Aktivitäten zur Kapitalbeschaffung und -vermehrung von Nationalstaaten zunehmend unabhängig schien.

Auf vielfältige Weise ist diese Finanzkrise, die sich längst als eine generelle kapitalistische Krise entwickelt – weil es eben nicht so ist, dass Finanz- und Industriekapital so unterschiedlich wären – mit dem Thema „Wie gegen Privatisierung kämpfen?“ verbunden. Aktuell sind es vor allem drei Schlagworte, die diese Verbindung deutlich machen: Die Frage der Kontrolle – im konkreten Falle über Hilfgelder, der Wohnungsmarkt als Auslöser der aktuellen Krise und die privatisierten Rentenversicherungen, die bereits von mehreren (südamerikanischen) Regierungen wieder verstaatlicht wurden oder gerade werden.

Mit unserem Thema verbunden, das bedeutet eben auch: Wir stellen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen nicht die eine oder andere Definition von Privatisierung, oder auch von öffentlichen Dienstleistungen, sei es durch die EU oder irgendeine Regierung, sondern generell die Grundbedürfnisse des menschlichen Lebens einerseits und andererseits jene sozialen Fragen, bei denen es Bewegung und Widerstand gegen das private, unkontrollierte Kommando gibt. Das heißt: Unsere Orientierung geht weder von irgendeiner Richtlinie aus, wie etwa Bolkestein in der EU, noch von der Tagesordnung der Privatisierungsgewinnler.

## 1. Zum Bedürfnis des Wohnens - und der damit verbundenen Grundbedürfnisse

Wann und wo immer diskutiert wird, dass die Versorgung menschlicher Grundbedürfnisse nicht dem gesellschaftlich unkontrollierten privaten Profitinteresse unterworfen sein darf, fällt auf, dass meist stillschweigend akzeptiert wird, zwei der allerwichtigsten Grundbedürfnisse - Essen und Wohnen - weitgehend von diesen Debatten auszunehmen.

Dies weist die Bewegungen gegen Privatisierung als Reaktion aus: dort, wo privatisiert werden soll, gibt es (weltweit immer mehr) Widerstand, wo Grundversorgung seit langem privatwirtschaftlich beherrscht wird, gibt es ihn weitaus weniger. Für beide Feststellungen allerdings gilt, dass nicht zuletzt im Jahre 2008 ein deutlich spürbarer Stimmungsumschwung stattfindet: Gegen privates Kommando.

Was die Wohnungsfrage betrifft, so ist sie keineswegs nur als konkreter Krisenauslöser aktuell im Vordergrund: weltweit ist Wohnen ein wesentliches Grundbedürfnis der Menschen.

Denn wenn auch die Krise moderner Bankprodukte, wie Kapitalbeschaffung heute genannt wird, im Vordergrund der bürgerlichen Medien steht: Sowohl aktuell, als auch grundsätzlich ist die Wohnungsfrage ein Problem der Menschen, von den ganz Armen bis zur unteren Mittelklasse.

So bedeutete für die Menschen in den USA die so genannte Finanzkrise, dass im Laufe des Jahres 2008 tagein, tagaus alle 10 Sekunden ein Haus von den Banken enteignet wurde.<sup>1</sup>

Für die eine Milliarde Menschen, die weltweit in Slums leben und in nahezu allen Ländern dieselben Grundprobleme haben, bedeutet die aktuelle Krise eine weitere Verschlechterung ihrer Situation. Nicht nur, dass sie sozusagen täglich mit der Konsequenz der vorherrschenden Stadtplanung rechnen müssen: Der Planierfraß. - Dies gleichgültig, ob es sich um kommunale Bürokratie oder eine profitorientierte Entwicklungsgesellschaft handelt. Ihre Aussichten, sich über öffentliche Wohnungsbauprogramme aus der Situation zu lösen, werden noch schlechter: Gated communities oder Luxusviertel bringen mehr Profit.

In Ländern wie Deutschland, wo einst der soziale Wohnungsbau eine der Fragen im Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte war, ist nur noch von Verkauf kommunaler oder staatlicher Wohnungen die Rede. Ende der 80er Jahre beschloss die damalige Bundesregierung, es brauche keinen sozialen Wohnungsbau mehr. Da ältere Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, ist die Zahl der Sozialwohnungen von 1980 bis 2005 von 4 Millionen auf 1,9 Millionen gesunken.<sup>2</sup> Heute besteht folgende Realität: Die Regierung des Bundeslandes NRW hat im Jahr 2008 rund 100.000 Wohnungen an private Investoren verkauft - auch an eine jener Firmen (Aniston) im Übrigen, die an der geplatzten Finanzblase aktiv beteiligt waren. Und dass die These vom Schockkapitalismus keineswegs aus der Luft gegriffen ist, zeigt sich nicht nur an Thailands Küsten und ihrer touristischen Neugestaltung inklusive Massenvertreibung in den Jahren nach dem Tsunami: In New Orleans gab die Bundesbehörde HUD nach Katrina mehr Geld für den Abriss von Wohnbestand aus, als für Neubauten, die Vertreibung ist hier auch „rassische Aufhellung“.

1 Siehe Take back the land: - <http://takebacktheland.blogspot.com/>

2 Hartmut Häußermann: „Die Krise der sozialen Stadt“, in Bude/Willisch (Hg.): „Das Problem der Exklusion“, Hamburg 2006, S. 302

Während es in Ländern wie Venezuela oder Südafrika Anwohnervereinigungen gibt, die versuchen, den Ring aus Repression und politischem Klientelismus zu durchbrechen, gibt es in anderen Ländern, wie beispielsweise in Brasilien, zumindest Ansätze von großen Bewegungen zur Hausbesetzung<sup>3</sup>. In Deutschland, wo einst eine Mieterbewegung einige begrenzte Vertretungsrechte wie Mieterbeiräte durchsetzte, sind diese längst Auslaufmodell geworden – spätestens mit der Privatisierungswelle, eigentlich aber schon mit dem Ende der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft.

Sobald die Problemstellung oder Auseinandersetzung über das einzelne Haus hinausgeht, wird die Wohnfrage auch zu einer Frage der Stadtplanung – und damit zur kollektiven gesellschaftlichen Problemstellung. Weltweit sind die Denkmäler des menschenfeindlichen, eindimensionalen Denkens zu besichtigen: der geplante triste Alltag wird gelebt von den ressourcenlosen Siedlungen der brasilianischen COHAB über die Pariser Banlieues bis hin zu den bundesdeutschen Migrantenghettos.

Kommunale oder staatliche Wohnungsbaugesellschaften und die öffentliche Stadtplanung sind keinerlei Garantie dafür, dass die Bedürfnisse der Menschen wirklich erfüllt werden und, so sehr es nahe liegt, sich gegen die Privatisierung zu wehren, um zu verhindern, dass Aktienkurse der Unternehmen die Art zu Wohnen diktieren, so wenig reicht es aus, Losungen zu vertreten wie „Kommunal ist optimal“ oder „für mehr sozialen Wohnungsbau“. Gerade über den politischen Ansatz, die Frage der Stadtplanung aufs Engste mit der Wohnfrage verbunden zu sehen, scheint es zum einen möglich, die sehr oft vorhandene Isolation von Mieterbewegungen oder Anwohnervereinigungen zu durchbrechen, und zum anderen gesellschaftliche Bündnisse zu erleichtern und in Kooperation mit kritischen Fachkräften zu entwickeln.

Wobei immer auch damit zu rechnen ist, dass Stadtpolitik oder Stadtplanung, heute mehr denn je, unter dem Etikett „Sicherheit“ organisiert und begründet wird. Der Bewohner der Favelas ist ein potenzieller Täter vor der Tat, ein Delinquent – der Urahn der Rasterfahndung. Migranten in Europa sind allesamt potenzielle Mitglieder von gefürchteten Parallelgesellschaften und als solche ebenfalls gefährlich. Gated communities wachsen überall auf der Welt, gelten als amerikanische Erfindung über deren Arroganz man die Nase rümpft, und doch gilt:

*„Die sozialräumliche Segregation ist ein Exportprodukt der europäischen Kolonialherren: Die Teilung des städtischen Raumes in eine „Europäische Stadt“ und eine Zone der Einheimischen war im 19. Jahrhundert das zentrale koloniale Städtebauprinzip.“<sup>4</sup>*

Direkter noch als bei anderen Problemen der Grundversorgung wird hier deutlich, dass die Partizipation der Betroffenen die - zentrale Frage jeder Grundversorgung ist – in deutlicher Abgrenzung zu den Methoden der Akzeptanzförderung (Mediation statt Widerstand) und der Einbindung von lokalen Initiativen<sup>5</sup> in vorselektierte Entscheidungen.

Die Notwendigkeit, die Wohnungsfrage in Zusammenhang mit allen dazu gehörenden Bereichen zu behandeln, wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklungen und Widerstände in diesen Bereichen beachtet: Die Versorgung der Häuser und Wohnungen mit Wasser und Energie, sowie ihre Anbindung an die Stadt durch ein

<sup>3</sup> Siehe etwa die Bewegung obdachloser Arbeiter: <http://www.mtst.info/>

<sup>4</sup> Stephan Lanz: „Wo Bosnien mitten in Brasilien beginnt“, in Becker/Lanz: „Space//Trouble“, Berlin 2003, S. 10

<sup>5</sup> Als ein Beispiel von solcher Einbindung - unter sehr vielen möglichen – kann hier die relativ frühe Entwicklung in Boston, USA genannt werden: „Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft: Die "South Boston Waterfront" als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik“ von Susanne Heeg, Transcriptverlag 2008

öffentliches Nahverkehrsnetz sind ebenfalls zentrale Bestandteile der Privatisierungspolitik, gegen die sich teilweise erheblicher Widerstand organisiert.

Wasser gehört heute weltweit zu jenen absoluten Grundbedürfnissen, die am meisten Menschen zur Verteidigung gegen Privatisierung mobilisieren, große und lang andauernde Bewegungen in zahlreichen Ländern, die landesweit und transnational vernetzt sind. Nicht nur die Organisationsformen sind hier vielleicht die am weitesten entwickelten im Kampf gegen Privatisierung überhaupt, sondern auch die größten Erfolge wurden hier weltweit erzielt. Zahlreiche Privatisierungen konnten verhindert werden, anderswo mussten bereits vollzogene zurückgenommen werden. Wo Cochabamba in Bolivien ein weltweites Signal war und ist, gibt es noch viele andere Städte rund um den Erdball, wo Privatisierungen verhindert oder rückgängig gemacht wurden. Netzwerke wie Waterjustice<sup>6</sup> bieten zu diesen Auseinandersetzungen einen umfassenderen Einblick, als er hier gegeben werden kann. Nur zwei Indizien: In kürzester Frist wurden in Italien 400.000 Unterschriften gegen Wasserprivatisierung gesammelt – und in Kenia gibt es immerhin ein Gesetz, das vorschreibt, Wasserversorgung habe öffentlich und unter Einschluss der Betroffenen organisiert zu sein. Ähnliche Verhältnisse gibt es beispielsweise auch in Indien oder im argentinischen Cordoba.<sup>7</sup>

Wenn es um Alternativen geht, die „Demokratisieren statt Privatisieren“ als Überschrift haben könnten, dann wird über die Wasserorganisation etwa in Cochabamba oder im argentinischen Cordoba, über Ansätze aus Indien und Japan<sup>8</sup> ebenso nachgedacht werden müssen, wie über die Kritik an ihren jeweiligen Entwicklungen.

All diesen Konzepten ist eines gemeinsam, und dies sollte ein erster Baustein sein, wenn überlegt wird, welche Impulse dem Kampf gegen Privatisierung einen weiteren Schub versetzen könnten: Es geht um die Organisation öffentlicher Kontrolle. Öffentliche Kontrolle heißt hier eben gerade nicht die Beibehaltung kommunaler Bürokratie, sondern die möglichst offene Organisation des Zugangs von Belegschaften und Bevölkerung zu den Entscheidungen über öffentliche Dienstleistungen, Unternehmen und Einrichtungen. Ob derartige Konzepte dann öffentliche Kontrolle, soziale Kontrolle oder Volkskontrolle heißen, ist zunächst Nebensache: Wichtig ist, dass es Ausdruck einer neuen Bestrebung ist, die sich eben nicht auf Verteidigung bisheriger Formen beschränkt.

Wobei zu unterstreichen ist, dass gerade mit der Erfüllung solcher Forderungen oder Orientierungen das Problem der Neugestaltung erst beginnt, wie einem kurzen Bericht eben zu Cochabamba zu entnehmen ist:

*„Die WasserbesitzerInnen von FEDECOR erhielten daraufhin ihre Wasserrechte zurück und SEMAPA wurde wieder in die öffentliche Hand überführt. In die neue Struktur des Unternehmens wurde eine Bürgerbeteiligung verankert. So genannte BürgerdirektorInnen (Directores Civicos), von der Bevölkerung gewählte RepräsentantInnen, gehören seither zum Vorstand von SEMAPA. Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen und die alte Rechtssituation wieder hergestellt. Hatte der Protest gegen die Privatisierung noch alle geeint, traten nach deren Verhinderung die Partikularinteressen der verschiedenen Akteure offen zu Tage. Die an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Einwoh-*

6 Waterjustice ist ein Netzwerk, das auf dem Weltsozialforum 2004 in Indien entstand:  
<http://www.waterjustice.org/>

7 Für einen ersten Überblick über Erfahrungen öffentlicher Kontrolle bei der Wasserversorgung siehe:  
„La gestión pública del agua con participación y control social“ von Jaume Delclos y Ayats, in:  
Vientosur Nr. 98, <http://www.vientosur.info/>

8 Siehe: "Current Situation of Water Privatization in Japan and Our Struggle Against It", in: KUBOTA Kazutaka, Secretary General ZENSUIDO (All-Japan Water Supply Workers' Union), dokumentiert auf:  
<http://www.labournet.de/internationales/jp/sagawasser.html>

nerInnen im Norden der Stadt verloren nach der Rücknahme der Preiserhöhungen ihr Interesse am Thema. Die FEDECOR hatte die Wasserrechte ihrer Mitglieder gesichert. Nur die BewohnerInnen der südlichen Stadtteile blieben weiterhin von der öffentlichen Versorgung ausgeschlossen.

Bis heute werden in Cochabamba nach offiziellen Statistiken ein Fünftel der Bevölkerung durch Tanklastwagen versorgt. Die Dunkelziffer, so schätzen Experten, ist wegen des anhaltenden Zuzugs in die Stadt deutlich größer. Die Qualität des Wassers aus den Tankwagen ist katastrophal und die BewohnerInnen klagen immer wieder über verseuchtes Wasser. Der Preis des schlechten Wassers aus den Tanks beträgt ein Vielfaches dessen, was die zumeist wohlhabenderen BürgerInnen im Stadtzentrum für das Leitungswasser bezahlen müssen.

Trotz BürgerInnenkontrolle wurde das Ziel einer effektiven und transparenten Unternehmenspolitik in Sachen Wasser zum Wohle der BewohnerInnen von Cochabamba nicht erreicht. Vielmehr ist es den alten lokalen Eliten gelungen, ein System der Klientelpolitik zu installieren, in die sich teilweise auch die gewählten DirektorInnen hineinziehen ließen. Das führte dazu, dass die Wahlbeteiligung bei den Wahlen der DirektorInnen heute bei rund fünf Prozent liegen. Deswegen fordern inzwischen Teile der Basisbewegungen, die BürgerdirektorInnen wieder abzuschaffen und stattdessen eine Nachweispflicht des Vorstands gegenüber der Öffentlichkeit einzuführen.<sup>9</sup>

Was die Versorgung der Wohngebiete mit Strom und Gas betrifft, so gibt es in Deutschland immer noch kommunale Betriebe – die aber längst Großkonzerne wie RWE, e.on, EnBW oder Vattenfall als Hauptaktionäre haben und auch von deren Versorgung abhängig sind. Ähnliches kann man auch in anderen europäischen Ländern feststellen. Dabei zeigt sich sehr deutlich, dass auch die kommunalen Betriebe keine wesentlich andere Haltung an den Tag legen, als die privaten Unternehmen: Einerseits werden die Unternehmen für die Privatisierung vorbereitet, oder für die Konkurrenz mit privaten Unternehmen – Belegschaften werden reduziert, Arbeitsverhältnisse prekariert, andererseits werden Sozialtarife abgelehnt (die Forderung nach Sozialtarifen wird in den letzten beiden Jahren, angesichts der Preisexplosion im Energiesektor, auch in Deutschland relativ breit vertreten).

Dasselbe betrifft auch den gesamten Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, der ständig teurer wird, weil er der betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung unterzogen wird, wo sich einst die Bewegung „Nulltarif im Nahverkehr“ entfaltete, beschränkt man sich heute eher auf zu erkämpfende Sozialtarife.

Die Einführung von Sozialtarifen ist aber nur eine Form des weltweiten Widerstandes gegen die Teuerung. In mehreren Ländern gibt es regelrechte Verweigerungsbewegungen, frei nach dem Motto „Bezahlt wird nicht!“ etwa in Mexiko.<sup>10</sup> In Deutschland versucht attac eine Bewegung gegen die Stromkonzerne zu organisieren, was angesichts der exorbitanten Preistreiberei der genannten Konzerne ein nahe liegender Versuch ist.<sup>11</sup>

Die erwähnte Vorbereitung kommunaler und staatlicher Unternehmen und Einrichtungen auf die Privatisierung ist in allen EU-Staaten die offizielle Politik, auch in Deutschland:

---

9 „Das blaue Wunder von Cochabamba“ von Thomas Guthmann, in *Lateinamerika Nachrichten* 406, April 2008

10 Siehe etwa: „Las experiencias de resistencia civil al no pagode la energía eléctrica“ von Cacho/Amico, <http://www.cetri.be/spip.php?article1000&lang=es>

11 Siehe: <http://www.attac.de/aktuell/stromkonzernkampagne/presse/pressemitteilungen/detailsicht/datum/2008/01/02/attac-startet-kampagne-gegen-die-vier-grossen-stromkonzerne/?cHash=199ad68ae4>

*„Öffentliche Unternehmen werden sich auch in Zukunft im Wettbewerb bewähren müssen. Die privatwirtschaftlich ausgerichtete Beteiligungsführung des Bundes ist dabei eine wichtige Vorbereitung auf die Privatisierung.“<sup>12</sup>*

Und wenn dabei auch etwa aktuell in Deutschland der Börsengang der Eisenbahn an verschiedenen Faktoren gescheitert ist, unter anderem an einer Widerstandsbewegung unter dem Motto „Bürgerbahn statt Börsenwahn“, so wäre es ein beträchtlicher Irrtum, davon auszugehen, die DB in ihrem jetzigen – oder auch früheren – Zustand sei bereits eine Bürgerbahn. Streckenstilllegungen und Personalabbau waren bereits in den 70er Jahren an der Tagesordnung. Dies wird auch in solchen gewerkschaftlichen Aktivitäten der europäischen EisenbahnerInnen deutlich, die eben nicht vom „Fahrgast“, also vom Kundenprinzip, ausgehen.<sup>13</sup>

## **2. Die Privatisierung öffentlicher Dienste und Einrichtungen bedeutet die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und der Versorgung – auch in noch nicht privatisierten Bereichen**

Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der BRD ist zwischen 1991 und 2006 um mehr als zwei Millionen zurückgegangen. Grob die Hälfte des Beschäftigungsrückgangs ist auf echte Privatisierungen zurückzuführen, die andere Hälfte ist das Resultat von Rationalisierungsmaßnahmen im verbleibenden öffentlichen Dienst, die im Zuge der bereits erwähnten Politik vollzogen wurden, den öffentlichen Dienst der privaten Konkurrenz auszusetzen.<sup>14</sup>

Und wenn auch die Gewerkschaften für sich reklamieren, in rein defensiven Kämpfen es in der BRD wenigstens erreicht zu haben, dass viele betriebliche oder Spartentarifverträge noch (meist für eine begrenzte Zeit und im Übrigen meist nicht sehr nahe an den Erwartungen vieler Mitglieder) zentrale Orientierungspunkte haben, so ist dennoch eine deutliche Veränderung, vor allem im Bereich der Bezahlung und der Arbeitsintensität festzustellen, gerade in jenen Bereichen die besonders personalintensiv sind. Personalintensiv aber sind (bzw. waren) viele öffentliche Dienste: vor allem Post, Krankenhäuser und öffentlicher Nahverkehr.

Was den Nahverkehr betrifft, so haben Neueinsteiger Einkommenseinbußen bis zu 50%. Für die Beschäftigten ergibt sich, wie folgendes Zitat belegt, eine kontinuierliche Verschlechterung:

*„Außerdem sei durch die Einführung des TV-N (Tarifvertrag Nahverkehr) eine Zweiklassengesellschaft in den Betrieben entstanden, welche die neu eingestellten KollegInnen schlechter stelle. Hierdurch ist es zu einer erheblichen Verschlechterung des Betriebsklimas gekommen. Aber auch bei Fahr- und Ruhezeiten hat es erhebliche Verschlechterungen für die KollegInnen gegeben. Die Fahr- und Ruhezeiten werden ständig gekürzt und die Lenkzeiten gleichzeitig erhöht. Dies ist zum einem ein Angriff auf die Gesundheit der Beschäftigten, aber auch ein Eingriff in die Sicherheit der Fahrgäste.“<sup>15</sup>*

---

12 „Verringerungen von Beteiligungen des Bundes“ - Bericht des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin 2006

13 „Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug?“ *TIE-Ränkeschmiede* 15, Februar 2006

14 Brandt/Schulten: „Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung auf die Tarifpolitik in Deutschland - Ein vergleichender Überblick“,

in: Brandt, T. u. a. (Hrsg.) (Hamburg 2008): „Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik“

15 Bericht vom 2. gewerkschaftsübergreifenden bundesweiten Netzwerktreffen Nahverkehr am Samstag, den 08.11.2008 in Berlin: <http://www.netzwerk-verdi.de/114.0.html>

Was die Post angeht, stellte sich die bundesdeutsche Justiz im Dezember 2008 einmal mehr in den Dienst der Privatisierung: Die gesetzlich vorgeschriebene Übernahme des Mindestlohns für Beschäftigte der Deutschen Post durch private Postfirmen sei nicht dem Geiste der bundesdeutschen Gesetze entsprechend, so wurde geurteilt: Hungerlöhne sind es offensichtlich. Der Durchschnittslohn beim privaten Postzusteller PIN beträgt 1.020 Euro monatlich, die – längst in Privatbesitz befindliche – Deutsche Post bezahlt 1.765 Euro im Monat, was auch schon wenig genug ist<sup>16</sup> und die Zahl der Poststellen wurde seit 1992 von 22.000 auf 12.000 reduziert.

Der Modellfall jeder Privatisierung in Deutschland ist die Telekom – jeder bekommt sein Telefon schneller und telefoniert billiger als vorher, als es noch ein Bereich der Deutschen Bundespost war. Der Haken an dieser so genannten Erfolgsgeschichte: Alle sozialen Kosten dieser grundlegenden Umstrukturierung wurden mit den Steuern bezahlt und eben nicht von den Gewinnern der Privatisierung.<sup>17</sup> Im Zuge dieser Telefonerfahrungen entstand für einige Jahre – orchestriert von der bürgerlichen Medienmaschine – eine positive Stimmung für Privatisierung.

Deutschland, im europäischen Vergleich bis in die 90er Jahre hinein ein Nachzügler in Sachen Privatisierung, ist führend im Bereich der Privatisierung von Krankenhäusern. 2005 war die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland auf etwas über 1800 reduziert, von denen bereits knapp unter 500 Privatkliniken waren – und rund 600 der noch bestehenden öffentlichen Krankenhäuser sind bereits privatrechtlich organisiert, können prinzipiell jederzeit aufgekauft werden. Das bedeutet Einkommensverluste und Mehrarbeit für die Beschäftigten: Die Gehälter im privaten Gesundheitsgewerbe liegen im Durchschnitt 10-15% niedriger als in städtischen oder Landeskliniken. Für die Patienten bedeutet es Folgendes: Ein Arzt im privaten Krankenhaus muss durchschnittlich 30% mehr Patienten betreuen.

Wo einst Patientenkollektive oder auch betriebliche Gruppen von GesundheitsaktivistInnen bürokratische Tendenzen in der Großgerätemedizin kritisierten, soll heute nur noch privates wirtschaftliches Interesse regieren. Aber auch hier entwickeln sich Alternativen, gibt es etwa mit dem Zusammenschluss rund um die „Gesundheitscharta der Menschen“ ein recht breites transnationales Forum und Netzwerk einer alternativen gesellschaftlichen Gesundheitspolitik.<sup>18</sup>

Die Absichten der Privatisierungsgewinnler gehen allerdings viel weiter, wie einem Beitrag des Berliner Mieterchos über den Modellversuch der Verwaltungsprivatisierung zu entnehmen ist:

*„Am 16. Mai war es so weit: feierlich unterzeichnete Pia Beckmann, die CDU-Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg einen Vertrag, der einen Teil der öffentlichen Verwaltung in die Verantwortung der „arvato government service“ übertrug. „Würzburg integriert“ heißt das bahnbrechende Projekt, mit dem arvato „nun auch in Deutschland in den Markt für Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung eingestiegen“ ist, wie es Rolf Buch, Mitglied des arvato-Vorstands, zum Ausdruck brachte. Bereits 2005 war dem Unternehmen der Einstieg in den hoheitlichen Aufgabenbereich im britischen East Riding gelungen. Dort treibt arvato sogar die Steuern ein, verteilt Subventionen und betreibt die 14 Bürgerbüros für die 325.000 Einwohner der Gemeinde. Wie in East Riding kommt auch in Würzburg eine so genannte „eGovernment-Plattform“ zum Einsatz, über die alle Verwaltungsleistungen – vom Einzug der Hundesteuer bis zur Auszahlung des Arbeitslosengeldes – zentral erfasst und bearbeitet werden. Im neoliberal-betriebswirtschaftlichen*

16 Zahlen aus: „Die Eigentumsfrage kehrt zurück“ von Rainer Rilling, *standpunkte* 12/2007 der Rosa Luxemburg Stiftung

17 W. Rügemer „Privatisierung in Deutschland“, Münster 2008, S. 214

18 Siehe Peoples health movement: <http://www.phmovement.org/files/phm-pch-german.pdf>

*Jargon nennt sich das „Fall- oder Kundenorientierung“. So werden aus Bürgern Dienstleistungskunden, die zudem per Mausclick zum völlig gläsernen Kunden werden. „Es ist das erste Projekt bundesweit in dieser Form“ bemerkte die Würzburger Oberbürgermeisterin ganz richtig. Zu befürchten ist allerdings, dass es nicht das letzte sein wird.“<sup>19</sup>*

Wobei mit vollem Recht darauf verwiesen wird, dass das betreibende Unternehmen Arvato eine Tochterfirma des Bertelsmann-Konzerns ist – mit anderen Worten ist durch Privatfernsehen und andere Medien für die nötige Propaganda gesorgt.

Was in Deutschland noch schrittweise, oft in Form von Modellversuchen eingeführt wird, ist in anderen europäischen Staaten bereits weiter fortgeschritten: In Italien ist der öffentliche Dienst die Branche mit dem höchsten Anteil an Zeitarbeitsverträgen.<sup>20</sup>

Relativ wenig beachtet, in Deutschland wie in anderen Ländern nicht nur Europas, ist die Entwicklung der teilweisen Auslagerung von Aufgaben: Niemand kennt die genauen Zahlen der Beschäftigten etwa all jener Call Center, die längst im Auftrag der kommunalen Einrichtungen die „Kundenanrufe“ bearbeiten.

Nur eines ist dabei sicher: Auch diese Auslagerungen tragen entscheidend dazu bei, dass sich die Zahl jener Menschen geradezu explosionsartig erhöht, die, obwohl Vollzeit arbeitend, zu ihrem Lohn noch soziale Hilfen brauchen, um überleben zu können. Die „Working poor“ sind in Europa angekommen, gerade auch in Deutschland.

Nur ein Beispiel aus Dortmund, einer Stadt mit rund 580.000 Einwohnern und etwa 230.000 Erwerbstätigen: In den ersten sechs Jahren des neuen Jahrhunderts sank die Zahl der versichert Beschäftigten von 200.000 auf rund 185.000 – die Zahl derjenigen, die soziale Hilfen zum Job hinzu benötigten, stieg von 32.000 auf über 54.000 Menschen. 2007 war die Erfolgsmeldung die Senkung der Zahl der Erwerbslosen um fast 5.000, dennoch stieg die Zahl der Unterstützungsempfänger um rund 1.200.<sup>21</sup> Und solcherart konkrete örtliche Zahlen gibt es für sehr viele deutsche Städte, der Trend ist eindeutig: Arbeiten, ohne ausreichend zu verdienen. In ganz Deutschland waren es im Jahre 2007 bereits 6,5 Millionen Menschen oder 22% der Erwerbsfähigen, die zu Stundenlöhnen von 7,12 Euro oder 5,43 Euro (letzteres der Schnitt „im Osten“) arbeiten müssen.<sup>22</sup> Prozentual sind dies mehr als Großbritannien und ganz knapp weniger als in den USA.

Dementsprechend muss es ein zweiter Baustein zur Entwicklung des Kampfes gegen Privatisierungen sein, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Beschäftigten des jeweiligen Sektors ihre Arbeit gut machen können: Grundversorgung anders organisieren heißt auch, diese Bedingungen nicht irgendwelchen Betriebswirtschaftlern zu überlassen.

### **3. „Gute Arbeit“ - eine weltweite Kampagne, begrüßenswert und begrenzt: Warum dies in der privatisierten Grundversorgung unmöglich ist**

„Decent work“ ist die bisherige Antwort der größten Gewerkschaften auf die Prekariisierung der Arbeitsverhältnisse. Als weltweite Kampagne, lanciert von der ILO, ist „decent work“ sozusagen der gewerkschaftspolitische Versuch, die Verhältnisse der

<sup>19</sup> *Mieterecho*, Ausgabe 323

<sup>20</sup> Siehe: <http://www.labournet.de/internationales/it/antipriv.html>

<sup>21</sup> Bericht in den „*Ruhr Nachrichten*“ vom 5. April 2007, Lokalseite 6

<sup>22</sup> <http://www.bild.de/BILD/news/wirtschaft/2008/04/18/mehr-gering-verdiener/studie.html>

Arbeitswelten auf die Zeiten vor der neoliberalen Umstrukturierung zurückzusetzen. Fasst man es kritisch auf, so passt diese Losung in das Diktum, dass das Bürgertum angesichts der Krise sich mit Karl Marx beschäftigt, während die Linke ihr Heil bei Keynes sucht. Dennoch erscheint es einen Versuch wert: Im Angesicht der Tatsache, dass heute in ganz Europa Millionen von Menschen arbeiten und dabei so wenig verdienen, dass sie noch soziale Unterstützung brauchen, ist jeder Versuch begrüßenswert, dies zu ändern.

Das Problem der extrem schlechten Arbeitsbedingungen – die, wie gezeigt, in vielen Bereichen auch mit den Privatisierungsprozessen zusammenhängen – lässt sich aber unseres Erachtens nur dann voll erfassen, wenn auch über den Inhalt dieser Arbeit diskutiert und entsprechend gehandelt wird.

Denn: Welches Interesse sollten denn Gefängnisinsassen daran haben, dass ihre Wärter bessere Arbeitsbedingungen haben? Oder Erwerbslose daran, dass die Beschäftigten der (nicht nur im Schröder-Deutschland)reformierten Arbeitsämter bessere Bedingungen für ihren Drangsalierungsjob haben?

Als wir im LabourNet Germany über einen Streik der Beschäftigten der Sicherheitsfirma Securicor in Mosambik berichteten, erreichte uns ein Protestschreiben von organisierten Slumbewohnern aus Maputo. In diesem wurde darauf verwiesen, dass mit den Beschäftigten von Securicor Menschen für ihre Arbeitsbedingungen aktiv seien, die mehrmals massiv und brutal die Proteste dieser Slumbewohner niedergeknüppelt hätten. Und es wird polemisch die Frage gestellt, ob etwa bessere Knüppel gefordert würden. Kurz zur Abrundung: Shopping Malls „bettlerfrei“ zu halten erscheint ebenfalls nicht als eine sozial nützliche Tätigkeit.

Aber wir müssen, wie angedeutet, keineswegs ins Ausland gehen, um diese Fragestellung zu behandeln. Wenn wir den Bereich der öffentlichen Verwaltung in der BRD betrachten, so ist das herausragende Ereignis nach der Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 die so genannte Hartz-Reform, die faktisch die Abschaffung der Erwerbslosenversicherung bedeutete. „Hartz IV“ ist ein Schlagwort - und vor allem eine Realität - vor der Erwerbslose sich fürchten. Es ist eine soziale Peitsche, die zur Arbeit um jeden Preis zwingen soll. Eine ähnliche Veränderung wurde in Frankreich durch einen Streik etwa eines Drittels der ANPE-Beschäftigten erst einmal verschoben. Dort gaben Gewerkschaften wie die CGT und SUD die Losung aus „Wir wollen keine Büttel sein“. In der BRD, bei der ARGE, war davon nichts zu sehen. Zwar gab es manche, die versuchten, in den Innendienst zu flüchten, aber keinen sichtbaren Protest, von Widerstand ganz zu schweigen. Gute Arbeitsbedingungen für Büttel? Warum?

Und andererseits: Immer wieder sind Beschäftigte der Nahrungsmittelindustrie an die Öffentlichkeit gegangen und haben ihren Job riskiert, um üble Machenschaften aufzudecken, seit den Zeiten des berühmten Separatorenfleisches: Das sind Menschen, die „decent work“ in voller Bedeutung des Wortes verkörpern.

Schließlich: im deutschen öffentlichen Dienst wächst beispielsweise die Zahl der angestellten LehrerInnen, die deutliche Einkommensverluste im Vergleich zu den Beamten haben; wie zuvor Krankenhäuser, so soll nun (EU weit) das öffentliche Schulsystem (das in der EU 94% aller Kinder besuchen) kaputt gespart werden. Arbeitszeiten werden verlängert, Klassenstärken wachsen wieder oder Unterricht fällt aus, alles zur Reduzierung der Personalkosten. Die Kosten für die Familien andererseits steigen so sehr, dass inzwischen bereits Lehrmaterial-Sonderhilfen für Erwerbslose und die steigende Zahl von Geringverdienern bereitgestellt werden müssen. Von Gebühren an

Universitäten ganz zu schweigen. Ein Bildungssystem aber, das mehr ist als ein Selektionssystem für die Personalabteilungen der Unternehmen, das auf Mündigkeit vorbereiten will, muss aus der kombinierten Kritik an Arbeitsbedingungen, an Regierungsprojekten (wie auch betriebswirtschaftlich autonomen Schulen, die dann mit einem Bertelsmann-Unternehmen so genannte Partnerschaften eingehen) - und an Arbeitsinhalten entstehen. Gerade im Zeitalter von „ranking“ und anderen ideologischen Leitlinien der Leistungsmühle muß eine solche Kritik möglichst unter Rückgriff auf ältere Erkenntnisse entfaltet werden:

*„Die Frage nach einer primär pädagogischen Funktion des Schulzeugnisses muss vom historischen Standpunkt aus verneint werden. Die aufgewiesenen Funktionen entspringen durchweg sozialen und organisatorischen Motiven“.*<sup>23</sup>

Gute Arbeit muss also – in allen Bereichen - mehr bedeuten, als irgendetwas zu machen und dafür bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, denn auch die Produzenten von deutschen Landminen haben um bessere Arbeitsbedingungen für sich gekämpft – mit dem Argument, sonst würden ja andere ihre Arbeit machen...

Naheliegenderweise sind die Themen engstens verknüpft: Wenn im Zuge der Privatisierung sozialer Dienste ein Lächeln einen Euro kostet, dann sind wir in der Gesellschaft angekommen, die das Bürgertum heute haben möchte – restlos alles ist Ware, Konkurrenzkampf und Marktwirtschaft.

Wer eine für die anderen Menschen sinnvolle Leistung erbringt, wird dies am besten unter guten Arbeitsbedingungen tun; darin liegt die für gesellschaftlichen Erfolg wesentliche Verknüpfung beider Widerstandsbewegungen. Wie es schon vor längerer Zeit über die Arbeit der damals existierenden 7 norddeutschen „Arbeitskreise Alternative Produktion“ geschrieben wurde:

*„Ein wesentlicher Gedanke der Arbeitskreise ist es, dass sich Arbeiter und Angestellter zugleich auch als Konsument verstehen und dieses Verständnis in alternative Produktideen einfließen lassen...Dies eröffnet die Chance eines Zusammenwirkens von Arbeitnehmerinitiativen und außerbetrieblichen sozialen Bewegungen. Sie standen sich bisher oftmals im Wege.“*<sup>24</sup>

#### **4. Kein Exkurs: Die Hungerkrise**

Am deutlichsten wird die Privatisierung der Grundversorgung aber in dem Bereich, der am längsten dem Diktat privater Interessen unterworfen ist: die Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Drei aktuelle Erscheinungen zeigen, was das bedeutet: Erstens ist die Nahrungsproduktion heute ein Wirtschaftssektor, der in großem Ausmaß von transnationalen Konzernen wie Unilever, Procter&Gamble und Nestlé dominiert wird, was zweitens direkt zu der explosionsartigen weltweiten Teuerung der Nahrung führt. Drittens ist gerade in einem Land wie Deutschland der Begriff Lebensmittelskandal inzwischen dermaßen ad absurdum geführt, dass auch die Käufer der angeblichen Billigketten längst wissen, dass sie Schrott essen. Im Zusammenwirken mit dem modernen Agrarkapitalismus, der in vielen Ländern die traditionelle Latifundienstruktur ersetzt hat und

---

<sup>23</sup> „Die Fragwürdigkeit der Zensurengebung“ herausgegeben von KH Ingenkampff, Beltz-Verlag 1976, S. 53

<sup>24</sup> Dünnwald/Thomsen: „Sinnvoll arbeiten – Nützliches produzieren“, Fischer TB 1987, S. 12

den ebenfalls zunehmend konzentrierten Handelssektoren wird daraus ein Konglomerat, das eine gesunde Ernährung längst unmöglich gemacht hat – wofür teuer bezahlt werden muss.

Quer durch alle Kontinente waren im Jahr 2008 Proteste und Widerstand gegen diese Art, Grundversorgung zu organisieren an der Tagesordnung: Eine breite Palette von Formen und Ideen, die im wesentlichen verbunden sind durch die grundlegende Vorstellung, es nicht mehr der Profitwirtschaft zu überlassen, was – und ob – mensch isst. Und auch wenn der neue Hunger, den es auch in europäischen Ländern gibt, aus den Schlagzeilen bürgerlicher Medien wieder verschwunden ist: Für zahllose Menschen ist 2008 zu jenem Jahr geworden, ab dem sie mit Hunger konfrontiert wurden. Diese Krise ist nicht nur weiterhin existent, sondern dabei, ebenfalls strukturell zu werden.

Die zahlreichen, weltweit unterschiedlich verbreiteten Formen des Widerstands gegen dieses Hungerdiktat zeigen eindringlich, dass es sich um einen Widerstand gegen das System der Nahrungsorganisation handelt.

Denken wir an den Sturm auf Lagerbestände staatlicher Verkaufsstellen, wie in Indien. Denken wir an Massenproteste auf Afrikas Straßen: Oftmals organisiert von neu entstehenden Verbrauchervereinigungen, insbesondere dort, wo einmal mehr Gewerkschaften mit ihrer Regierungsanbindung eine zumindest dubiose Rolle spielen. Oder denken wir in Europa an Kaufzurückhaltung und höhere Lohnforderungen. Auch die weltweit rapide Zunahme von Konzepten wie die der urbanen Gärten, von Selbstversorgungskollektiven und anderen Formen: Alles ist geeint durch antimarktwirtschaftlich verstandene Forderungen nach Preiskontrollen oder Abschaffung der weltweit verbreiteten Mehrwertsteuer.

Die Alternativen sind auch hier fortgeschritten: Eine weltweite Organisation wie Via Campesina hat hier zahlreiche Ansätze entwickelt, die einerseits diskussionswürdig sind, andererseits Anknüpfungspunkte für breitere Bündniskonstellationen bieten: Produktions- und Verteilungsgenossenschaften müssen nicht zu starren, bürokratisch beherrschten Gebilden verkommen. Die „Erklärung von Nyéléni“ von 2007, die VC zusammen mit zahlreichen (vor allem) afrikanischen Organisationen unterzeichnet hat, unterstreicht zunächst ganz generell, dass die Menschheit heute ein Nahrungssystem braucht, das gerade den ärmsten und an den Rand gedrängten Menschen eine ausreichende und gesunde Ernährung sichern kann und keine „Ware Essen“.<sup>25</sup>

Breitere Bündniskonstellationen gibt es aber auch dort, wo die Menschenverachtung des Bürgertums Kapriolen schlägt: Sollen sie doch einfach ein bisschen mehr für bessere Nahrung bezahlen, anstatt Schrott zu fressen - so weisen die bezahlten Propagandisten des Kapitalismus den armen Bevölkerungsteilen die Verantwortung für ihre Lage selbst zu. Die Frage der temporären und andauernden Bündnisse ist ebenfalls ein Baustein der möglichen Impulse für den Kampf gegen Privatisierung.

**5. Die Orientierung von „Demokratisieren statt Privatisieren“ drückt sowohl einen gesellschaftspolitischen Gegensatz aus, als auch, in ihrer vollen Bedeutung, ein wachsendes Potenzial der Mobilisierung.**

Das private Unternehmen braucht, um seine überlebensnotwendige Gewinnorientierung zu realisieren, vor allem eines: Kunden, die das „Produkt“ kaufen. Der Kunde aber ist eine soziale bzw. juristische Kategorie, die in Wirklichkeit nur ein einziges Recht besitzt: anderswo die Ware einzukaufen, die er laut Vertrag erwerben will bzw.

<sup>25</sup> Siehe: [http://viacampesina.org/main\\_en/images/stories/pdf/Brochura\\_em\\_INGLES.pdf](http://viacampesina.org/main_en/images/stories/pdf/Brochura_em_INGLES.pdf)

den Kauf zu verweigern. Was spätestens dann ein schlechter Witz wird, wenn es kein „anderswo“ gibt, aber auch bei normalem Funktionieren ein einseitiges Machtverhältnis darstellt: die Macht einer korporativen Einrichtung gegen die einer Einzelperson. Organisierte Boykotte sind ein Schritt zur Überwindung der Vereinzelung, aber eben meist themen- und zeitbegrenzt.

Vor einigen Jahren gab es bei modebewussten Sozialwissenschaftlern eine Debatte darum, ob der kontinuierliche Rückzug des Staates zu seinem Absterben führen würde: Die letzte Rache des Kapitalismus am Kommunismus – kaum an seiner Realität, wohl aber an seiner Utopie. Heute wird – vielleicht nicht gerade im selben Personenkreis – dagegen längst über Schlagworte wie Sicherheitsstaat, Überwachungsstaat, Eingreifstaat und ähnliches diskutiert.

An all dem ist für unser Thema folgendes wichtig: Jeglicher Privatisierungsprozess ist immer auch ein Prozess der Abschaffung öffentlicher Kontrolle. Und genauso wichtig für unser Thema ist die dazugehörige Feststellung: Denn es geht in Wirklichkeit um die Abschaffung *potenzieller* öffentlicher Kontrolle. Hier besteht Diskussionsbedarf, denn auch ausgewiesene Gegner der Privatisierung sehen dies nicht immer scharf:

*„Das in diesem Bereich fungierende Staatskapital reproduzierte sich – abhängig von den politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen – häufig auf eine andere Art als das private Kapital; es unterlag zumindest potentiell und (bei den Kommunen, aber auch z. B. in mitbestimmten Bundesbetrieben)(auch) reell einer politischen Kontrolle auch hinsichtlich der Qualität, der Zugänglichkeit und der Kosten der erbrachten Dienste und Produkte“<sup>26</sup>*

Nun ist es jedoch gerade Gegenstand der Debatte, wie diese Art von Kontrolle organisiert war und noch ist, denn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind nunmehr schon seit weit mehr als einer Generation so, dass es keine reelle Kontrolle gab. Ob dies von einem Parteiensystem, das von Einheitsdenken, Machtkonkurrenz und so genanntem Realismus, sprich kapitalistischem Sachzwang, geprägt ist, überhaupt zu leisten wäre, ist dabei eine Kernfrage – von den Begrenzungen solcher bürokratischen Organe wie Rechnungshöfe usw. ganz abgesehen.

Doch auch innerhalb der Bewegung gegen Privatisierung gibt es Positionen, die davon ausgehen, dass alle nötigen Kontrollinstanzen – inklusive solcher Gebilde wie die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) – bereits vorhanden wären. Herbert Schui schreibt zum Beispiel:

*„Sicherlich ist auch ein solches öffentliches Unternehmen zu überwachen. Die technische Sicherheit ist zu kontrollieren, ebenso die Wirtschaftlichkeit und die Bezüge der Unternehmensführung. Zu verhindern ist nicht zuletzt, dass ein solches Unternehmen zum Auffanglager für abgewählte Politiker wird. Die dafür erforderlichen Institutionen gibt es längst. Rechnungshöfe und technische Überwachungsvereine, die - gegebenenfalls mit erweiterten Kompetenzen - argwöhnisch prüfen, müssen nicht erst gegründet werden. Überdies kann das Unternehmen ein Statut bekommen, das Pfründenwirtschaft ausschließt. Und schließlich ist - anders als im Realsozialismus und im neoliberalen Gegenwartskapitalismus - mehr auf eine wachsame Presse und Öffentlichkeit zu setzen und auch auf aufmerksame Parlamentarier. Zu Vetternwirtschaft und Unwirtschaftlichkeit muss es also nicht kommen.“<sup>27</sup>*

Wir denken ganz im Gegensatz dazu, dass es gerade darauf ankäme, solche Einrichtungen entweder grundlegend zu verändern oder zu ersetzen durch Einrichtungen, die eine direkte Beteiligung der Bevölkerung nicht nur ermöglichen, sondern voraussetzen

<sup>26</sup> „Die Eigentumsfrage kehrt zurück“ von Rainer Rilling, *Standpunkte rls* 12/2007 S. 2/3

<sup>27</sup> Herbert Schui: „Bitte rational abwägen“, im *Freitag* Nr. 48/2006

und sichern. Real betrachtet sind nämlich genau diese vorhandenen Kontrollinstanzen ein Inbegriff dessen, wie es nicht funktionieren kann – sie schließen jegliche öffentliche Beteiligung aus. Wobei noch hinzukommt, dass die potenziellen Kontrolleure zumeist Akteure der Privatisierung nicht nur waren, sondern auch noch sind. Was im Übrigen für alle Länder gilt – und „notfalls“ fasst man Verträge unter solchem Recht ab, das den jeweiligen Ruf als „Finanzparadies“ begründete, von der Schweiz bis zu den Cayman-Inseln...

In einer Bilanz der Privatisierungspolitik in den USA wird die Veränderung staatlichen Wirkens und Funktionierens wie folgt gefasst:

*„Wenn sich der Staat auch daran beteiligt, die Expansion der globalen Ökonomie zu ermöglichen, tut er dies doch in einem Kontext, der zunehmend von Deregulierung, Privatisierung und der wachsenden Autorität nichtstaatlicher Akteure beherrscht wird; einige dieser Akteure übernehmen dabei neue normative Rollen. In vielen dieser neuen Dynamiken und in vielen dieser neuen Umstände spielt der Staat weiterhin eine wichtige Rolle – häufig als die institutionelle Heimat, in der die Systeme politischer Maßnahmen in Kraft gesetzt werden, die wir mit der ökonomischen Globalisierung assoziieren. Diese institutionelle Heimstatt innerhalb des Staates hat sich während der letzten beiden Jahrzehnte weiterentwickelt und besteht heute weitgehend aus der Exekutive und aus einer stark steigenden Zahl von Regulierungsbehörden.“<sup>28</sup>*

Und in einer Bilanzierung für Deutschland so:

*„Und der Staat zieht sich keineswegs zurück, wie die Privatisierer behaupten. Er zieht sich nur als Sozial- und Rechtsstaat zurück. Als Staat, der für die Sicherheit der Investoren und ihrer Gewinne national und global sorgt, wird er verstärkt.“<sup>29</sup>*

Der gesellschaftspolitische Gegensatz, um den es beim Widerstand gegen Privatisierung geht, ist im Kern die Frage der Demokratie. Weswegen auch bei allen bestehenden öffentlichen Einrichtungen genau analysiert werden muss, inwieweit sie die Menschen zumindest beteiligen. Die in der Passage von Sassen erwähnten Regulierungsbehörden sind in keinem Falle, auf der ganzen Welt, auch nur formal gewählte Organe: In Deutschland war die Treuhand zur Privatisierung der DDR musterbildend.

Nun ist aber die Frage der Demokratie eine ganz konkrete Frage: Die traditionelle politische Theorie der so genannten Gewaltenteilung, die einst drei Säulen der Macht vorsah, ist längst von einer Realität überwunden, in der die Exekutive weitgehend unkontrolliert agiert bzw. sich Organe schafft, die dies können. Es geht aber nicht um die formale Definition von Demokratie, wie etwa jene, wenn es in einem System Wahlen mit einigermaßen unterschiedlichen politischen Parteien gebe, so sei dieses System demokratisch zu nennen. Die Kontrolle und Aufsicht durch die Kommunen und andere Instanzen, die mit der Privatisierung ausgehöhlt, unterlaufen bzw. abgeschafft werden, ist in keinem Falle gleichzusetzen mit Kontrolle, Aufsicht oder auch autonomer Partizipation von Belegschaften und Bevölkerung. Das ist ein Mangel in sehr vielen kritischen Analysen des Privatisierungsprozesses.<sup>30</sup> Einer der Vertreter autonomer Selbstorganisation, Willi Hayek bewertet diesen Mangel an Kritik so:

*„Die Verantwortlichen sollen anders handeln, andere Maßnahmen treffen` heißt es oft in der Linken, die sich damit als handelndes Subjekt verabschiedet. Die soziale Bewegung*

28 Saskia Sassen: „Das Paradox des Nationalen“, Frankfurt 2006, S. 436/437

29 Werner Rügemer: „Privatisierung in Deutschland“, S. 223

30 Siehe beispielsweise die lesenswerte EU Bilanz von Dickhaus/Dietz: „Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck“, rls 2004 – hier wird der Rückgang kommunalen Einflusses in jedem Bereich gleichgesetzt mit Rückgang demokratischer Kontrolle

*muss sich stärker selbst ermächtigen, ihre Optionen durchzusetzen, und dabei Anstrengungen unternehmen, zu einer europäischen und transnationalen Bewegung zu werden.*<sup>31</sup>

Es geht um konkretes Handeln der Betroffenen: Inwieweit ist die Bevölkerung in die Lage versetzt, so gewünscht, direkt Einfluss zu nehmen. Es geht darum, sich in der Organisation von wesentlichen Teilen der Gesellschaft Verfügungsmöglichkeiten anzueignen.

Und wenn man versucht, eine Art weltweiten Überblick über die Kämpfe gegen Privatisierung zu gewinnen, so fällt sehr deutlich auf, dass die Zahl jener zunimmt, die eben genau diese Art Verfügungspotenzial erreichen wollen: Dies drückt sich zum Einen, wie erwähnt, in entsprechenden Gesetzen, die die Beteiligung der Bürger einfordern ausdrückt, die es von Kenia bis Indien gibt aus – was immer solche Gesetze auch wert sind, bereits ihre bloße Existenz ist Ausdruck dieser Tendenz. Zum anderen zeigt es sich auch sehr deutlich dort, wo es von Beginn an Zusammenarbeit von Gewerkschaften und organisierten Bürgergruppen gegeben hat und noch gibt, wie etwa am genannten Beispiel Japans oder auch am Beispiel Malis.<sup>32</sup>

In Deutschland, einem Land in dem es zwar sehr begrenzte, aber immerhin vorhandene Mitwirkungsrechte gibt, besser: gab, haben Stadt- und Landesregierungen aller politischen Couleur Privatisierungen und Umverteilungen in der Regel heimlich vorgenommen, haben Volksbegehren weiter erschwert, haben die begrenzten Ansätze zu Bürgereinfluss, wie etwa Wahlen in den öffentlichen Systemen der Sozialversicherung des Inhalts entleert.

Bei genauer Betrachtung der Sozialwahlen wird sehr schnell deutlich, dass keineswegs vorgesehen ist, den Menschen wirklichen Einfluss auf die Sozialversicherungen zu ermöglichen: Erstens bestimmt die Regierungspolitik, was passiert und nur in diesem Rahmen dürfte überhaupt irgendetwas unternommen werden; und zweitens sind diese Sozialwahlen durch Absprachen und durch per Nutzlosigkeit entstehendes Desinteresse längst zu einer Farce geworden. Die Sozialwahlen im deutschen öffentlichen Versicherungssystem sind sowohl ausgehöhlt als auch durch die privaten Versicherungsfirmen direkt attackiert, die Gewerkschaften beschränken sich darauf vertreten zu sein:

*„Auch wenn aufgrund der Regelungsdichte im Sozialversicherungsrecht die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der Selbstverwaltung mehr und mehr begrenzt wurden - dies gilt insbesondere für die Krankenversicherung -, verbleiben den Selbstverwaltungsorganen dennoch wichtige Aufgaben (s. - Wahlen in der Sozialversicherung) und gerade deshalb ist die Teilnahme an den Sozialwahlen so wichtig: Eine hohe Wahlbeteiligung ist ein deutliches Votum an Parteien und Bundesregierung, für den Willen der Versicherten über ihre Sozialversicherung mitzubestimmen. (s. Wahlen in der Sozialversicherung). Die Wahlbeteiligung ist auch ein Abbild des Interesses der Versicherten an dem System ihrer sozialen Sicherung. Verschenken Sie Ihre Stimmen nicht an "sonstige Arbeitnehmer - vereinigungen", Vereinigungen, die den Namen des Versicherungsträgers als Bestandteil ihres Namens nutzen, sonst aber kaum irgendeine sozialpolitische Bedeutung haben. ver.di vertritt die Interessen der Versicherten im sozialpolitischen Raum gegenüber den Parteien, dem Gesetzgeber und der Regierung!“<sup>33</sup>*

31 Willi Hajek: „Selbstverteidigung, Selbstermächtigung, Selbstbestimmung“ in Bologna u. a., „Selbstorganisation“, Berlin 2007, S. 141

32 Die gewerkschaftlich inspirierte Initiative Cocidirail: <http://www.cocidirail.info/>

33 ver.di zu Sozialwahlen 2005:

[http://www.verdi.de/sozialpolitik/soziale\\_selbstverwaltung\\_sozialwahlen/informationen/sozialwahlen\\_-\\_unbekannte\\_wahlen](http://www.verdi.de/sozialpolitik/soziale_selbstverwaltung_sozialwahlen/informationen/sozialwahlen_-_unbekannte_wahlen)

„Regelungsdichte“ ist dabei eine vornehme Umschreibung dafür, dass alle Regierungen der BRD mit ihren politischen Entscheidungen, vor allem, aber nicht nur zur Privatisierung, immer auch daran gearbeitet haben, Einflüsse der Versicherten zu unterbinden.

Der erste und wesentlichste Punkt einer Grundversorgung außerhalb der privaten Unternehmen ist deshalb eine organisierte, leicht zugängliche Form der entscheidenden Beteiligung von Belegschaften und Bevölkerung in der alltäglichen Funktion solcher Einrichtungen, die nicht auf die Repräsentation durch Großorganisationen setzt, sondern auf direkte selbst organisierte Beteiligung. Ein zweiter entscheidender Punkt ist die sektorale Verankerung dieser anderen Art und Weise, Grundversorgung zu organisieren, also: Koppelung an verschiedene gesellschaftliche Sektoren und eigenständige Vernetzung dieser Einrichtungen, um zu verhindern, dass sie entweder ökonomisch ausgetrocknet werden oder in politischer Formalisierung erstarren. Was drittens für Repräsentanten bedeutet, mit einem imperativen Mandat ausgestattet zu sein. Diese Punkte sind weitere Bausteine für Überlegungen.

## **6. Bausteine, Eckpunkte und Debatten: Ein möglicher Weg zu einem anderen Kampf gegen Privatisierung**

In Deutschland haben die Katastrophe der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft - ihre Implosion durch Korruption in den 1980er Jahren - sowie die Unterspülung alternativer Betriebsinseln durch die kapitalistische Sturmflut und das eingehämmerte eindimensionale Denken die Debatten um Alternativen zur Marktwirtschaft weitgehend erstickt. Nicht nur jene Debatten um grundsätzlich andere Gesellschaftsmodelle wurden erstickt, auch solche um die Möglichkeiten anders zu leben und zu arbeiten, die, wenn sie erfolgreich sind, eben immer auch ein gewisses Potenzial an Sprengkraft entwickeln.

Es gibt deswegen nur minimale Ansätze solcherart Initiativen, die zudem noch mit ganz anderen, traditionell bürgerlichen - ökonomischen Modellen zusammengebunden werden oder sind. In Deutschland wie anderswo und vielleicht am meisten in Brasilien, geschieht dies unter dem Begriff „Solidarische Ökonomie“, der unserer Meinung nach in Debatte und Realität ein wichtiger Ausgangspunkt ist, was aber auch erheblichen Klärungsbedarf einschliesst.

*„Der Schluss, dass eins die Solidarische Ökonomie vergessen könne, weil es schon in den 1970er Jahren ähnliche Initiativen gab - und die, wir wissen es doch, sind allesamt gescheitert - ist allerdings zu kurz. Denn zumindest zweierlei ist heute anders. Erstens ist die Solidarische Ökonomie um die Erfahrung ihrer Grenzen und des Scheiterns früherer Ansätze reicher, zweitens trifft sie heute auf gänzlich veränderte Umstände. So ist die Solidarische Ökonomie des 21. Jahrhunderts, im Unterschied zu den Alternativbetrieben der 1970er Jahre, selten eine Spielwiese für Leute, die aus freien Stücken einem Normal-Job den Rücken kehren, sondern ist oft eine Notwendigkeit des Überlebens - nicht nur, aber gerade auch für jene, die "normale" Jobs kaum mehr kennen.*

*Hinzu kommt, dass sich auch das diskursive Umfeld gehörig gewandelt hat. Das Denken nach dem Motto Tina - "There is no alternative" (Margret Thatcher) - knüppelt heute jede Kritik, die mehr und anderes sein will als eine Flaschenpost für bessere Zeiten, nieder. Schon der bloße Gedanke an eine gesellschaftliche Veränderung, die mehr und anderes meint als die Veränderung von Gesetzen, trifft in der Regel auf massive Ignoranz, nötigenfalls auf heftige Gegenwehr. Anders als die sozialen Experimentierstationen und Gemeinschaftslabors, die im Gefolge der 1968er-Bewegung aus dem Boden schossen, hat die Solidarische Ökonomie in Europa heute keinen breiteren Rückhalt, ist nicht Teil einer starken gesellschaftlichen Strömung hin zu neuen Ufern des Zusammenlebens.“<sup>34</sup>*

34 „Reform oder Raiffeisen? Fragen zur Solidarischen Ökonomie“ von Andreas Exner, in: *Streifzüge*

Wenn über Fragen alternativer Ökonomie diskutiert wird, sollte aus all dem vorher Gesagten nahezu von selbst deutlich werden, dass der erste grundsätzliche Fehler, den man begehen kann, der Ruf nach dem Staat ist; der zweite Fehler wäre zufolge unserer ganzen Betrachtung die Einbettung in die Marktwirtschaft: Beides ist nicht nur realpolitisch eine „Bock zum Gärtner“-Politik, diese Abhängigkeiten engen auch Spielräume ein und machen Projekte abhängig von Mächten, die ihnen keineswegs wohlgesonnen sind. Mit autonomen Organisationsprozessen, imperativem Mandat, Abgrenzung zu Akzeptanzförderung und Einbindung, neuen Bündnissen, ökonomischer Vernetzung in diversen Sektoren und Distanz zu Markt und Staat sind zwar nur sehr allgemeine Orientierungen vorhanden, aber sie *sind* vorhanden und bilden die Basis für die Diskussion von Erfahrungen auf dem Weg zur Aneignung des Lebens.

In Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern stellt die einstige gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft eine wesentliche Quelle von Erfahrungen dar, wie anders zu wirtschaften wäre – und wie nicht. Darüber ist sicher eine sehr gründliche Debatte zu führen, was bereits der erste Schritt über die einst praktizierte Gemeinwirtschaft hinaus wäre:

*„Die eigentliche Problematik für die Gemeinwirtschaft bestand jedoch darin, dass sich die materielle Notwendigkeit eines Sektors, der in Form gemeinwirtschaftlicher Unternehmen für die Deckung wesentlicher Bedürfnisse sorgt, verringert hat. Diese Funktion hat in hohem Maße der Markt selbst übernommen. An diesem Spannungsverhältnis sind die gewerkschaftlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen letztlich zerbrochen. Meine These ist, dass auch die mangelnde Diskussion*  
– *um die Position solcher Unternehmen im Rahmen von kapitalistisch verfassten Marktwirtschaften* und  
– *um das Verhältnis von gemeinwirtschaftlicher Ausrichtung zu marktwirtschaftlichen Funktionsmechanismen*  
*mit dazu geführt hat, dass diese Form relativ kläglich untergegangen ist. Dieser Sektor wurde nie wirklich in eine gesellschaftliche Reformstrategie eingebunden – auch von den Gewerkschaften nicht. Die Gemeinwirtschaft hat in der politischen Diskussion der Gewerkschaften schon viele Jahre vor dem Zusammenbruch eigentlich keine Rolle mehr gespielt.“<sup>35</sup>*

Unabhängig von der Analyse, deren Ergebnis wir nicht teilen, steht außer Frage, dass die tatsächlich nicht geführte Debatte um Gemeinwirtschaft ein hemmender Faktor für die Entwicklung von Alternativen ist. Einen Eckpunkt für diese Debatten hätte jedoch nicht nur der Autor des zitierten Abschnitts Heinz Bierbaum, früher IG Metall Funktionär, später Professor, durchaus anführen können, denn unbekannt ist folgende Passage aus Rosa Luxemburgs „Sozialreform oder Revolution“ nicht:

*„Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. [...] Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, dass die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel angewiesen sind.“<sup>36</sup>*

---

37/2006

35 Heinz Bierbaum: „Vergangenheit, Gegenwart und Perspektiven der Gemeinwirtschaft“  
[http://www.leibi.de/jahrbuch/de/de01\\_08.htm](http://www.leibi.de/jahrbuch/de/de01_08.htm)

36 Rosa Luxemburg: „Sozialreform oder Revolution?“, in „Politische Texte“ Frankfurt 1967, S. 101f

Nun mag das Bild der Großindustrie, dem auch Rosa Luxemburg in ihrer zutreffend harschen Kritik des Bernsteinschen Genossenschaftssozialismus anhängt, heute keineswegs mehr eine positive Orientierungsmarke sein und „kleiner lokaler Absatz“ im Zeitalter des weltreisenden Joghurtbechers keineswegs ein Schrecken; auch mag man einen ganzen Katalog von Fakten herbei zitieren, die exakt nachweisen, dass die Gemeinwirtschaft schon lange nicht mehr den Vorstellungen von Genossenschaften entsprach, trotzdem bleibt gültig: Den Warenaustausch aufbrechen erscheint eine grundlegende Bedingung für jede Alternative – auch solche, die „nur“ über den Kapitalismus hinausweisen. Dies skizzieren Exner, Laut und Kulterer in „Die Grenzen des Kapitalismus“:

*„Einzelne besetzte Betriebe können sich nicht solidarisch entwickeln, solange sie an den Markt gebunden bleiben. Daher müssen sie diese Abhängigkeit überwinden. Das kann aber nur gelingen, wenn sie sich untereinander vernetzen. Sie müssen einander Güter und Dienste zur Verfügung stellen – ohne Geld und ohne Verrechnung. Erst dann wird aus solidarischen Betrieben auch eine solidarische Wirtschaft. Dafür sind übergreifende Strukturen der Koordination nötig.“<sup>37</sup>*

Auch die in den letzten Jahren viel diskutierte und auch zunehmend praktizierte Partizipation an kommunalen Haushalten nach dem Beispiel Porto Alegres ist Bestandteil jener Erfahrungen, die analysiert werden müssen, wenn die Suche nach neuen Lösungen leitendes Motiv ist – nicht zuletzt daraufhin, inwieweit es sich um wirkliche Entscheidungsmacht handelt. Wie schließlich auch die Tatsache der Fortexistenz staatlicher Betriebe in vielen Ländern – die keineswegs die Wertschätzung der breiten Bevölkerung genießen; und die Erfahrung der Verwandlung von Alternativbetrieben in normale Unternehmen.

*„Wenn es das Ziel von Investitionen ist, Arbeitsplätze zu schaffen, dann ist es offensichtlich systemwidrig, dass diejenigen, um deren Arbeitsplätze es geht, nämlich die jetzigen und zukünftigen Beschäftigten weiter von Investitionsentscheidungen ausgeschlossen bleiben. Das gilt für private wie öffentliche Unternehmen. [...] Aber auch hier gibt es kein Zurück zum alten Zustand.“<sup>38</sup>*

Deswegen ist auch die Losung „Kommunal ist optimal“, wie sie in ihrer deutschen Variante lautet, nur sehr begrenzt zutreffend. Optimal ist eine Grundversorgung, die in Kooperation von Belegschaften und Bevölkerung organisiert wird, und nicht durch von Marktgesetzen geleiteten Beamten oder Funktionären. Denn es kann nicht die Frage sein, wer kommandiert – das Kommandoregime muss abgeschafft werden. So wird der Kampf gegen die Privatisierung von einem Kampf zur Abwehr der weiteren Verschlechterung der Lebenslage zu einem Kampf, der Markierungen setzen kann: nicht nur im Sinne von Signalen des Widerstands – das auch, sondern vor allem im Sinne von Positionen, die zumindest die Bruchstellen zu Profit, Markt und blindem Wachstum ausweiten, und gesellschaftlich die Frage aufwerfen, wer sich was wie aneignet. Wir schlagen vor, dass alle, die das mehr oder minder so sehen, sich zusammenschließen, um eine Art eigene kleine Strömung innerhalb der weltweiten Bewegungen gegen Privatisierung zu bilden. Das könnte ein Bestandteil der nötigen Koordination solidarischen Wirtschaftens werden.

---

<sup>37</sup> Exner/Lauk/Kulterer: „Die Grenzen des Kapitalismus“, Wien 2008, S. 173

<sup>38</sup> W. Rügemer: „Privatisierung in Deutschland“, Münster 2008, S. 233